

## Walter Süß

### Mit gemischten Gefühlen. Zur Akzeptanz der sowjetischen Reform in den »Bruderparteien«

Aus reformpolitischer Perspektive hat sich die Binnenstruktur des RGW seit der Wahl einer neuen KPdSU-Führung im März 1985 geradezu dramatisch verändert: Die Blockführungsmacht, die bis dahin als der entscheidende Garant des Status quo zu gelten hatte, verwandelte sich in die Avantgarde eines Aufbruchs zu neuen Ufern. Der – mehr oder weniger stark ausgeprägte – strukturpolitische Konservatismus in den kleineren europäischen RGW-Staaten (Bulgarien, CSSR, DDR, Polen, Rumänien und Ungarn) kann nun nicht mehr länger mit dem drohenden Verweis auf den Großen Bruder in Moskau gerechtfertigt werden. Das wirft für die Führungen dieser Länder enorme Legitimationsprobleme auf, könnte ihnen aber auch neue Chancen eröffnen. Um die Bedeutung der sowjetischen Herausforderung besser einschätzen zu können, müssen zumindest folgende Fragen beantwortet werden:

- Handelt es sich bei den Problemen, die die Reformpolitik zu meistern versucht, um sowjetische Besonderheiten oder um Strukturdefizite des »realen Sozialismus« generell, die in den einzelnen Ländern freilich ungleichzeitig und unterschiedlich ausgeprägt sind?
- Was sind die entscheidenden Elemente des sowjetischen Reformprozesses?
- Wie haben die Führungen der »Bruderparteien« bisher auf diesen Prozeß reagiert? Lassen sich hinter den jeweiligen Reaktionen liegende, gemeinsame Faktoren bestimmen?
- Wie reagiert die sowjetische Führung auf diese Reaktionen?

Die Antworten auf diese Fragen können in einem relativ kurzen Artikel zwangsläufig nur skizzenhaft ausfallen. Es geht dabei vorrangig um die übergreifenden Elemente, die durch Studien zu der Entwicklung in den einzelnen Ländern ergänzt und korrigiert werden müssen.

#### I. Ursachen der sowjetischen Reform

Den Auslöser der sowjetischen Reformpolitik bildeten sinkende wirtschaftliche Wachstumsraten. Auf dem Juniplenum 1987 des ZK der KPdSU, das der Wirtschaftsreform gewidmet war, sagte Gorbacev in seinem Einleitungsreferat:

»...immer und immer wieder muß man sich real vor Augen führen, in welchem Zustand sich unsere Volkswirtschaft an der Schwelle von den 70er zu den 80er Jahren befand. Zu dieser Zeit fiel das Tempo des Wirtschaftswachstums auf ein Niveau, das faktisch den Beginn wirtschaftlicher Stagnation bedeutete« (Pr. 26.7.87).

Die Wachstumsrate des im Inland verwendeten Nationaleinkommens betrug 1966-70 41%, zehn Jahre später – 1976-80 – war sie auf 21% gesunken und 1981-85 auf 17% (Aganbegjan 1986, S. 583). Berücksichtigt man noch – wie das inzwischen auch von sowjetischen Statisti-

kern gefordert und z.T. praktiziert wird (Vgl. Leptin/Adirim 1986, S. 982 ff.) – die versteckte Inflation, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß die sowjetische Wirtschaft auf dem Tiefpunkt 1982 nur noch minimal, um etwa 1%, wuchs. Bei einem Bevölkerungswachstum von 0,8% (»UdSSR...«, 1985, S. 5) war das unfreiwilliges Nullwachstum. Für ein System, das sich durch wirtschaftliches Wachstum legitimiert und den Status einer Weltmacht für sich beansprucht, mußte es unerträglich sein, auf einem Entwicklungsniveau stehen zu bleiben, das etwa 40% des Niveaus der Bundesrepublik entspricht (Vgl. Machowski 1987). Offenbar wurde das auch von der Mehrheit der sowjetischen Führung so gesehen, denn in diesem Jahr wirtschaftlichen Tiefpunkts wurde nach dem Tod von Leonid Breznev mit Juri Andropov der erste vorsichtige Reformler zum Generalsekretär der KPdSU gewählt<sup>1</sup>.

Solche sinkende Wachstumsraten sind keineswegs nur in der Sowjetunion zu verzeichnen gewesen. Betrachtet man die wirtschaftliche Entwicklung der kleineren europäischen RGW-Länder, so zeigt sich ein ganz ähnliches Bild: Das produzierte Nationaleinkommen wuchs 1966-70 im Jahresdurchschnitt noch um 6,5%, zehn Jahre später (1976-80) betrug die Wachstumsrate nur noch 3,4%. In den beiden folgenden Jahren war sie dann sogar negativ: 1981 -2,1%, 1982 -0,6%. 1983 wurde dann eine Wende erzielt, denn das Wachstum stieg wieder auf 3,1% (Kosta/Levcik 1985, S. 9). Seither hat sie sich auf niedrigerem Niveau als in den 70er Jahren einigermaßen stabilisiert.

Es gibt für diesen Entwicklungstrend, der in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt war, verschiedene Gründe, die man einteilen kann in solche,

- die nur für *ein* Land zutreffen (wie die Giereksche Wirtschaftspolitik der 70er Jahre und die daraus resultierende Krise 1980/81);
- Gründe, die nur in den *kleineren* RGW-Ländern wirksam waren (wie die »Ölpreisexplosion« und die Anhebung der Kreditkosten auf dem Weltmarkt);
- Gründe, die für *alle* RGW-Länder von Bedeutung waren und sind.

Nur die letztgenannten Gründe sollen an dieser Stelle interessieren. Der zentrale Begriff zu ihrer Bestimmung ist in der wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Diskussion dieser Länder die »Intensivierung« der Produktion. Dieser Begriff spielte schon in den Diskussionen der 60er Jahre eine wichtige Rolle. Faktisch jedoch wurden unter dem Signum der »Intensivierung«<sup>2</sup> die überkommenen Methoden extensiver Wirtschaft fast ungebrochen fortgesetzt. Nach der Niederschlagung des »Prager Frühlings« 1968 versuchten die kleineren RGW-Länder (mit Ausnahme Ungarns), statt weiter Reformpolitik zu betreiben und damit inneres Wachstumspotential freizusetzen, zusätzliche Wachstumsfaktoren auf außenwirtschaftlichem Weg zu mobilisieren: Mit Krediten aus dem Westen, die zu Beginn der 70er Jahre noch billig schienen, sollte der Import westlicher Technologie und Produktionsmittel finanziert werden.

Die Rechnung ging aus – Gründen, die hier nicht geschildert werden können – nicht auf. Letztlich führte diese Politik zu einer enormen Verschuldung und zu einer Verschärfung der binnenwirtschaftlichen Probleme. Am deutlichsten war dies in Polen der Fall, das unter Giereks Führung in diesem Punkt am weitesten gegangen war und dafür wohl noch bis ins nächste Jahrtausend zu zahlen haben wird<sup>3</sup>. Für die Sowjetunion stellte sich das Problem deshalb anders, weil sie als Erdöl-exportierendes Land von der Preisentwicklung beim Öl profitierte.

Inzwischen ist aber auch hier der Höhepunkt überschritten und die entsprechenden Exportkapazitäten der UdSSR schrumpfen<sup>4</sup>.

Insgesamt gesehen, standen demnach in der 2. Hälfte der 70er Jahre alle RGW-Länder vor der Aufgabe, ihr eigenes wirtschaftliches Potential besser zu nutzen. Und entsprechende – allerdings sehr begrenzte – Versuche wurden auch unternommen:

1978 wurde in Bulgarien die Landwirtschaft dezentralisiert und in Rumänien ein »Neuer Ökonomisch-Finanzieller Mechanismus« proklamiert

1979 gab es in der DDR eine Kombinarsreform und in der UdSSR eine Teilreform des Planungswesens

1980 wurde in Ungarn der Abbau zentraler Planung durch eine Reihe weiterer Maßnahmen fortgesetzt

1981 trat in der CSSR eine Industriereform in Kraft und begann eine Wirtschaftsreform in Polen

1982 wurde in Bulgarien die Planung und Leitung der Industrie teilweise dezentralisiert. Diese Teilreformen führten in einzelnen Bereichen – wie der ungarischen und der bulgarischen Landwirtschaft und der DDR-Industrie – durchaus zu einer gewissen Verbesserung der Ergebnisse, ohne allerdings einen grundlegenden Umschwung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung herbeizuführen. Der Grund dafür liegt in dem begrenzten Charakter dieser Reformen, die besonders im industriellen Sektor immer nur Teile des Wirtschaftsmechanismus betrafen, ohne grundlegende Funktionsschwächen auszuräumen. Die strukturellen Probleme liegen in folgenden Punkten<sup>5</sup>:

- Planbehörden und Unternehmen stehen noch immer im Verhältnis administrativer Über- bzw. Unterordnung. Die Informationen, auf deren Basis die zentralen Behörden planen, werden von den Unternehmen systematisch verfälscht, weil die Behörden dies – wie unvollständig auch immer – bereits einplanen.
- Geplant wird »vom Erreichten« aus, d.h. in Fortschreibung früherer Ergebnisse, so daß die Unternehmen bestrebt sind, die Pläne keinesfalls zu stark überzuerfüllen und »weiche Pläne« zu erhalten, die ihnen Manöverspielraum lassen.
- Gerade hinsichtlich schwerwiegender, langfristig wirksamer Entscheidungen fallen Entscheidungsträger (Partei) und Verantwortungsträger (Wirtschaftsministerien und Unternehmen) auseinander, was bei letzteren zur Flucht aus der Verantwortung führt.
- Der bürokratische Leitungsmechanismus, Mangelwirtschaft und Gleichgültigkeit gegenüber finanziellen Gesichtspunkten (Geld ist die einzige Ware, die nicht knapp ist) fördern den Ressoregoismus der einzelnen Ministerien, Regionalbehörden und Großunternehmen, die nach möglichst großen Zuweisungen und weitgehender Autarkie streben.
- Zugleich wird damit die Bildung verborgener Reserven gefördert, die die eigene Flexibilität bei wechselnden Planaufgaben erhöhen und zugleich als Mittel des direkten Warenaustausches zwischen den Unternehmen dienen. Das wiederum verstärkt den Mangel, so daß sich ein *circulus vitiosus* ergibt.
- Den Endverbrauchern (mit Ausnahme des Nachfragemonopolisten Militär) gegenüber befinden sich die Produzenten in einer Monopolsituation. Die Verbraucher – ob Einzelkonsumenten oder weiterverarbeitende Betriebe – sind immer in der schwächeren Position. Sie

müssen nehmen, was zu bekommen ist. Dabei sind die Produzenten nicht etwa daran interessiert, den Bedarf zu befriedigen, sondern den Plan zu erfüllen, genauer gesprochen: einen optimalen Planerfüllungsbericht zu produzieren.

All diese Mängel sind in der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion der meisten RGW-Länder schon häufig benannt worden und allgemein bekannt. Die Unfähigkeit, sie zu beseitigen, ergibt sich aus den Interessen, die mit dem überkommenden System verbunden sind. Zur genaueren Bestimmung dieser Interessen hat das sowjetische Parteiorgan »Prawda« im Januar 1987 einen Artikel veröffentlicht. Der Autor, G. Popow, Professor an der Moskauer Staatsuniversität, nannte folgende Gruppen und Interessenlagen:

- Die Mitarbeiter des *Staatsapparates* und insbesondere der einzelnen Wirtschaftsministerien, »deren Position und Rolle untrennbar mit den Mängeln des existierenden Leistungssystems verbunden ist. Zum Beispiel mit dem Defizit an Waren und an Wohnraum und mit ihrer Verteilung«.
- »Manche Funktionäre der *lokalen Parteiorgane*«, die um ihre Entscheidungs- und Kontrollbefugnisse fürchten.
- Dann eine Gruppe, die Popow ironisch als »*Rechtgläubige*« bezeichnet, die einem »Romanzismus« verfallen wären, also die mehr oder weniger klassischen Stalinisten. Wo diese Gruppe angesiedelt ist, sagt Popow nicht, doch ist unschwer zu erraten, daß ihre Vertreter sich selbst in der Spitze der Partei finden.

Er meint, der Widerstand dieser Gruppen wäre zu brechen, wenn nicht noch dazu käme, daß *die Beschäftigten* selbst – sowohl Arbeiter wie Ingenieure und Manager – sich in diesem System eingerichtet und daran gewöhnt haben, Leistungszurückhaltung zu üben und aus der gesamtwirtschaftlichen Ineffizienz individuellen Nutzen zu ziehen.

Wie sind diese Widerstände, die in der Sowjetunion vielleicht stärker als in den anderen RGW-Ländern ausgeprägt sind, jedoch durch das System des »real existierenden Sozialismus« selbst hervorgebracht werden, zu überwinden?

## II. Einige zentrale Elemente des sowjetischen Reformansatzes

Obwohl der Auslöser des sowjetischen Reformprozesses wirtschaftliche Probleme waren, bedeutet das nicht, daß es genügen würde, diesen Prozeß nur unter wirtschaftlichen Aspekten zu betrachten. Selbst der sowjetische Ministerpräsident Ryzkov, seinen bisherigen Äußerungen nach eher ein Technokrat<sup>7</sup>, erklärte auf der letzten Sitzung des Obersten Sowjet der UdSSR:

»Die administrativ-kommandierenden Führungsmethoden fesselten die Initiative der Arbeitskollektive, beraubten sie praktisch der Stimuli zur Entwicklung, erzeugten Gleichgültigkeit zu den Endresultaten der Arbeit. Die Situation verschärfte sich dermaßen, daß sich das Problem aus einem wirtschaftlichen in ein sozial-politisches verwandelte« (Pr. 30.6.87).

Darin kommt zum Ausdruck, daß die letzten fünfzehn, zwanzig Jahre gezeigt haben, daß wirtschaftliche Probleme nicht durch wirtschaftliche Maßnahmen allein gelöst werden können: Eine wirkliche Intensivierung der Wirtschaft und die Überwindung der hemmenden Strukturen und Widerstände ist nur im Zusammenspiel mit einer Gesellschafts- und Politikreform mög-

lich. Diese Einsicht hat Gorbačev, der selbst in seiner Zeit als Stavropoler Parteisekretär das Scheitern einer von ihm initiierten, wirtschaftlich erfolgreichen Reform an politisch-ideologischen Widerständen erleben mußte (vgl. Schmidt-Häuer 1986, S. 90 ff.; Poljanski-Rahr 1986, S. 72 ff.), wohl von Anfang an in sein neues Amt mitgebracht<sup>8</sup>. Die Offenheit in der Kritik an dem alten System und die konkreten Maßnahmen, die von der neuen Führung vorgeschlagen werden, haben sich freilich erst allmählich und im Akkord mit dem Auswechseln der Führungskader radikalisiert. Es geht dabei – neben der Intensivierung und Dynamisierung der Wirtschaft und (was hier nicht berücksichtigt werden kann) einer Neudefinition der sowjetischen Außenpolitik – um folgende Problembereiche:

- eine Veränderung im Verhältnis von Partei-Staat und Gesellschaft;
- und eine Erneuerung der Ideologie.

Die Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Partei-Staat und Gesellschaft hat Gorbacev auf dem Januarplenium des ZK der KPdSU unter das Motto »Demokratisierung« gestellt. In seinem Schlußwort erklärte er:

»Wir brauchen Demokratie wie die Luft zum Atmen. Wenn wir das nicht begreifen (...) so werden, Genossen, unsere Politik und die Umgestaltung ersticken. Darin besteht unsere Grundidee« (ND 30.1.87).

Was ist mit dieser »Grundidee« gemeint? Sicherlich nicht die Übernahme westlich-parlamentarischer Regierungsformen, wohl aber das Projekt einer Reihe einschneidender Veränderungen im politischen Leben des Landes, die alle darauf abzielen, Aktivität von unten zu wecken. Die wichtigsten Bereiche sind

1. »glasnost«, d.h. Transparenz, Öffentlichkeit. Gemeint ist damit im Kern ein Ende dessen, was Orwell in »1984« als »Doppeldenken« bezeichnet hat. Die Dinge – und zwar gerade auch die negativen Dinge – sollen künftig beim Namen genannt werden, Schluß soll sein mit verlogener Erfolgspropaganda und allgemeinem Zynismus. Auf die tatsächliche, nicht die verbale Leistung soll es künftig ankommen<sup>9</sup>. Das bedeutet auch, daß die Autoritäten auf den verschiedenen Ebenen der partei-staatlichen Hierarchie kritisiert werden können. Damit verschafft sich die Parteiführung zugleich eine zusätzliche Informations- und Kontrollmöglichkeit.
2. Das kann nur funktionieren, wenn der Einzelne, der sich kritisch äußert, dafür nicht Repressalien zu erwarten hat. Deshalb ist die Schaffung *rechtsstaatlicher Garantien* unabdingbar. In der »Literaturzeitung« des sowjetischen Schriftstellerverbandes schrieb Alexander Gelman:

»Rechte sind Waffen, und damit sie nicht mißbraucht werden, muß man sie so verteilen, daß keiner unbewaffnet bleibt«<sup>10</sup>.

Ein Schritt in diese Richtung war ein bereits 1985 verabschiedetes Gesetz, mit dem die Verfolgung von Bürgern wegen Kritik, die sie an Funktionsträgern geäußert haben, mit Gefängnis bedroht wird<sup>11</sup>. Da dieses Gesetz im ersten Jahr seiner Geltung aber kein einziges Mal angewendet wurde<sup>12</sup>, reicht das offenbar nicht aus. Weiter geht die im Juni 1987 beschlossene Einrichtung eines Klagerechts gegen Amtsmißbrauch von Behörden (Pr. 2.7. 87), d.h. der Beginn einer Verwaltungsgerichtsbarkeit.

3. Bedeutet »Demokratisierung« auch, daß der Einzelne in dem Bereich, in dem er jeweils

tätig ist, mehr *Mitwirkungsmöglichkeiten* erhält. Dazu zählt der Ausbau von Teilhabemöglichkeiten in den Betrieben durch Delegation von Entscheidungen nach unten, die Wahl des mittleren Leitungspersonals und der Betriebsleitungen und die Interessenvertretung dieser Funktionsbereiche nach außen. D.h., daß die Betriebe gegenüber den Ministerien mehr Rechte erhalten sollen<sup>13</sup>, ebenso aber sollen innerhalb der Betriebe etwa die Gewerkschaften eine offensivere Interessenpolitik auch gegenüber den Leitungen verfolgen. Alle gesellschaftlichen Funktionsgruppen – von den Arbeitern bis zu den Schriftstellern – sind dazu aufgerufen, die Tätigkeit ihrer jeweiligen Organisationen zu entbürokratisieren und deren gesellschaftlichen Beitrag gerade dadurch zu verbessern, daß die in ihnen zusammengefaßten Interessen stärker zur Geltung kommen. Dadurch hofft man – letztlich im Dienst der »gesellschaftlichen Interessen« – stärkeres Engagement des Einzelnen zu erreichen und bürokratische Ressortinteressen zurückzudrängen. Im Verlauf der letzten zwei Jahre ist dieser Aspekt zunehmend in den Vordergrund gerückt. So sagte Gorbatschow auf dem Juni-Plenum 1987 des ZK der KPdSU:

»Die Erfahrungen der Umgestaltung, ihrer Anfangsetappe, veranlassen uns auch, die real vorhandenen Widersprüche in den Interessen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, Kollektive, Institutionen und Organisationen aufmerksam zu berücksichtigen. (...) Der Sinn der Umgestaltung besteht letztlich auch in der Berücksichtigung der Interessen, in der Einwirkung auf die Interessen und in der Lenkung durch sie und über sie« (ND 26.6.87).

4. sollen die Mitwirkungsmöglichkeiten auch auf das politische System im engeren Sinne ausgedehnt werden, durch die Aufstellung mehrerer Kandidaten bei den *Wahlen* zu den Sowjets und – darüber hinaus wird die Parteikonferenz im Juni 1988 entscheiden – in Parteifunktionen (Vgl. Gorbatschow 1987, S. 32 f.).

Insgesamt wird die Stellung der einzelnen Bürger und damit der Gesellschaft gegenüber dem Partei-Staat durch diese Maßnahme gestärkt, ohne daß dessen Führungsmonopol jedoch grundsätzlich in Frage gestellt würde. Eng mit diesen Veränderungen hängen *Neuinterpretationen der Ideologie* zusammen. Für die »Bruderparteien« ist das ein Bereich, der vielleicht noch brisanter ist als institutionelle und politische Neuansätze. Können diese – darauf wird zurückzukommen sein – noch durch sowjetische »nationale Besonderheiten« wegerklärt werden, so war die marxistisch-leninistische Ideologie ihrem Anspruch nach immer universell ausgerichtet, regionalen Schulen (Sinomarxismus, Eurokommunismus usw.) haftete immer der Geruch des »Revisionismus« an, deshalb wäre eine explizite, gar noch von den »Bruderparteien« als Abgrenzungsmaßnahme vorgenommene Definition eines »Sowjetmarxismus« nur schwer vorstellbar.

Die wichtigsten ideologischen Modifikationen, die sich bisher abzeichnen, sind:

- Die theoretische Tradition des Marxismus-Leninismus in den letzten 50 Jahren, die mit dem Triumph des »Stalinismus« in den 30er Jahren begründet wurde, wird als für das heutige Programm weitgehend bedeutungslos verworfen. Gorbatschow sagte dazu auf dem Januar-Plenum:

»Die theoretischen Vorstellungen vom Sozialismus bleiben in vielerlei Hinsicht auf dem Niveau der 30er und 40er Jahre, als die Gesellschaft völlig andere Aufgaben löste. (...) Sie wurzeln noch in jener konkreten historischen Situation, in der aufgrund bekannter Umstände aus der Theorie und der Gesellschaftswissenschaft die lebendige Diskussion und schöpferisches Denken verschwanden und

autoritäre Einschätzungen und Betrachtungen zu unantastbaren Wahrheiten wurden, die man nur noch kommentieren konnte« (Ebd. S. 9).

- Damit eng verbunden ist eine Veränderung des Bildes von der eigenen Geschichte: Sie wird nicht mehr als linear aufsteigende Linie sich aneinander reihender Erfolge gesehen, sondern – wie kürzlich in der »Pravda«<sup>14</sup> zu lesen war – als »Zick-Zack-Bewegung« interpretiert, wobei die Bilanz zwar letztlich positiv ausfällt, in der es aber neben einer Reihe von Errungenschaften (wie der Industrialisierung und dem Sieg im II. Weltkrieg) sehr viele Tiefen gegeben hat.
- Der historische Bezugspunkt der heutigen Ideologie ist der vor-stalinistische Leninismus, politisch der der Revolutionsphase 1917/18, ökonomisch der »Neuen Ökonomischen Politik« der 20er Jahre. In diesem Kontext stehen auch die weitestgehenden Vorstellungen von einer »Demokratisierung« des Systems: Es soll versucht werden, das demokratische Potential des ursprünglichen Leninismus auszuschöpfen, das bedeutet natürlich auch: innerhalb von dessen Grenzen.
- Dem geistigen Leben in Wissenschaft und Kultur soll wieder eine kritische und vorwärtstreibende Funktion zukommen. In diesem Zusammenhang ist es im übrigen eine Untertreibung von einem bloßen Vorhaben zu sprechen, denn hier hat sich in den letzten zwei Jahren tatsächlich außerordentlich viel getan: Sowjetische sozialwissenschaftliche Zeitschriften zu lesen, sowjetische Filme anzusehen ist – wie Besucher- und Auflagenzahlen zeigen – ist nicht nur für Spezialisten sondern auch für Sowjetbürger zu einer interessanten und anregenden Beschäftigung geworden.
- Und schließlich spricht von dem alten Endziel der Ideologie, dem »Kommunismus« kaum mehr jemand. Im Programm der KPdSU wird es zwar noch erwähnt, der Generalsekretär dieser Partei aber umreißt ihr Ziel mit folgenden Worten:

»Wir wollen unser Land in einen vorbildlichen, hochentwickelten Staat umgestalten, zu einer Gesellschaft mit einer fortgeschrittenen Ökonomie, breitester Demokratie, mit der humansten und höchsten Moral, wo der werktätige Mensch sich als vollberechtigter Hausherr fühlt und alle Güter der materiellen und geistigen Kultur genießt, wo die Zukunft seiner Kinder gesichert ist, wo er alles findet für ein erfülltes und inhaltsreiches Leben« (Gorbatschow 1987, S. 71).

Was bedeutet all das für die Bruderparteien der KPdSU?

### III. Die Reaktionen der »Bruderparteien« – Voraussetzungen

Wirtschaftlich gesehen ist die Situation zumindest in einigen sozialistischen Ländern – vor allem in der DDR – günstiger als in der Sowjetunion. Das ist (mit allen methodischen Vorbehalten, die für solche Vergleiche von Ländern ohne konvertible Währung zu machen sind) an der folgenden Tabelle in etwa ablesbar:

Tabelle 1 :

Potential und wirtschaftlicher Leistungsstand der europäischen RGW-Länder (1983)

Land	Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner			Anteil am BIP des RGW (europäische Staaten + UdSSR)
	Plazierung	in US-Dollar	Index (RGW=100)	
DDR	1.	7 060	208	8
CSSR	2.	5 160	152	5
Bulgarien	3.	4 120	122	2
Ungarn	4.	4 020	119	3
UdSSR	5.	3 930	115	71
Polen	6.	3 010	89	7
Rumänien	7.	2 420	71	4

Quelle: H. Machowski, »Die Rolle der DDR in der gemeinsamen Industriepolitik der RGW-Staaten«, in: G. Helwig/I. Spittmann (Hrsg.), »Das Profil der DDR in der sozialistischen Staatengemeinschaft, Zwanzigste Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, 9.-12. Juni 1987«, Köln 1987, S. 152

Auch für die Länder, deren wirtschaftliches Leistungsniveau höher ist als das der UdSSR, gilt allerdings, daß sie das alte Leninsche Kriterium für die »Überlegenheit« des Sozialismus, eine höhere Arbeitsproduktivität als die entwickelten kapitalistischen Länder zu erzielen, noch lange nicht erreicht haben. So beträgt selbst das BIP/Einw. der DDR nach obiger Tabelle nur 66% dessen der BRD, das des europäischen RGW (inklusive der UdSSR) liegt bei 40%. Deshalb stehen alle diese Länder mittelfristig vor der Notwendigkeit, neue Lösungen zu finden. Hinzu kommt, daß der Druck des kapitalistischen Weltmarktes zunehmend auch innerhalb des RGW wirksam wird, weil die Sowjetunion dessen Standards zum Maßstab ihrer Importe aus den kleineren RGW-Ländern zu machen versucht<sup>15</sup>. Aktuell allerdings ist die Situation – außer in Rumänien, Polen und der CSSR – nicht drängend. Zudem ist der sowjetische Reformprozeß im wirtschaftlichen Bereich noch nicht so weit fortgeschritten, daß man hier von einem neuen Modell sprechen könnte, das für diese Ökonomien der kleineren RGW-Staaten eine Herausforderung oder gar eine Versuchung darstellen könnte. Eher ist es umgekehrt so, daß bestimmte Elemente in den Wirtschaftssystemen dieser Länder von sowjetischer Seite sehr aufmerksam studiert werden (Vgl. Höhmann 1986) (ungarische Landwirtschaft, DDR-Kombinate, Dienstleistungssektor in Ungarn).

Die folgende Darstellung soll sich deshalb auf den politischen Aspekt beschränken. Damit rückt zugleich die Reaktion der »Bruderparteien« auf das Januarplenum 1987 der KPdSU in den Vordergrund, denn mit diesem Plenum sind die politischen Implikationen des sowjetischen Reformprozesses unübersehbar geworden.

Wie ist die Ausgangslage? Sie unterscheidet sich sowohl hinsichtlich der politischen Führungen wie der Geführten in manchen Punkten grundsätzlich von der Lage in der Sowjetunion. Die entscheidende Differenz besteht darin, daß die neue sowjetische Führung mit allen Kräften

versucht, die Menschen aus ihrer abwartenden Haltung herauszureißen und zu aktivieren, während sich dieses Problem in den kleineren europäischen RGW-Staaten perspektivisch eher umgekehrt stellt: Die Gesellschaft, wenn sie erst einmal in Bewegung gekommen sein wird, unter Kontrolle zu halten (Mlynar 1987). Schließlich geht es um eine Reform des Partei-Staates nicht um seine Abschaffung. Für diese Differenz zwischen der Situation in der UdSSR und in den anderen RGW-Staaten gibt es eine Reihe von Gründen:

*Erstens* wurde das »sozialistische System« in allen diesen Staaten mit massiver Unterstützung der sowjetischen Armee und des sowjetischen Geheimdienstes errichtet (Vgl. Seton-Watson 1956). Seither sind zwar vier Jahrzehnte vergangen, aber die Erinnerung daran, daß es sich bei diesem System um ein Importprodukt handelt, ist noch vorhanden und wird durch die Präsenz sowjetischer Truppen (außer in Rumänien und Bulgarien) ständig am Leben gehalten.

*Zweitens* ist deshalb die Frage des Partei-Staates und seiner Veränderung in diesen Ländern immer auch eine Frage ihrer Souveränität und eines gerade in den letzten Jahren sich wieder stärker regenden Nationalismus, der vor allem in Rumänien, Ungarn und Polen unübersehbar ist.

*Drittens* gibt es zumindest in der Tschechoslowakei und in gebrochener Form auch in der DDR ein bürgerlich-demokratische Tradition, die – wenn die Frage einer »Demokratisierung« des Systems aufgeworfen wird – einen naheliegenden Bezugspunkt darstellt. Anders als die von Gorbatschow für die Sowjetunion proklamierte Rückkehr zum ursprünglichen, unverfälschten »Leninismus« ist *diese* Tradition mit der »führenden Rolle« der kommunistischen Partei unvereinbar.

*Viertens* gab es – mit Ausnahme Bulgariens – in allen diesen Ländern niedergeschlagene Rebellionen oder sogar gescheiterte Revolutionen: in der Tschechoslowakei 1953 und 1968, in der DDR 1953, in Polen 1956, 1970, 1976 und 1980/81, in Ungarn 1956. In Rumänien gab es 1977, 1981 und 1983 größere Streiks der Bergarbeiter.

Und *fünftens* gibt es zumindest in Ungarn und in Polen ein sehr viel höheres Maß gesellschaftlicher Eigenständigkeit und kultureller Pluralität als – zumindest bisher – in der Sowjetunion. All diese Faktoren lassen es naheliegender erscheinen, daß der sowjetische Reformprozeß in der Bevölkerung in diesen Ländern auf Sympathie stößt, gerade deshalb aber bei den jeweiligen Führungen eine gewisse Skeptis vorherrscht.

Dieser Eindruck verstärkte sich noch, wenn man die Führungen der »Bruderparteien« etwas genauer betrachtet. Gorbatschow ist als Repräsentant einer Reformtendenz ins Amt gewählt worden, von seinen Kollegen läßt sich das beim besten Willen nicht sagen:

- Gustav Husak wurde 1969 Generalsekretär der KPČ mit der Aufgabe nach der Niederschlagung des »Prager Frühlings« nun die »Normalisierung« zu exekutieren.
- Eine ähnliche aber noch weitergehende Aufgabe brachte Wojcech Jaruzelski 1981 ins Amt, er mußte die Volksbewegung mit Hilfe des Militärs niederschlagen
- Janos Kadar wurde 1956 gewählt und organisierte in den ersten Jahren seiner Amtszeit die blutigen Repressalien gegen die Teilnehmer am ungarischen Aufstand. Das ungarische Beispiel zeigt allerdings zugleich, daß auch eine unter solchen Vorzeichen konstituierte Führung sich unter bestimmten Umständen zu einer Reformpolitik durchringen kann.

Weniger dramatisch aber auch nicht gerade unter positiven, reformerischen Zeichen gestaltete sich die Amtsübernahme der drei noch zu benennenden Parteiführer:

– Todor Živkov wurde bereits 1954 Generalsekretär der Bulgarischen Partei, Ursache waren Differenzen seines Vorgängers mit der sowjetischen Führung über das Verhältnis zu Jugoslawien. Während sich Chruščev nach dem Bruch von 1948 nun mit Tito aussöhnen wollte, betrieb der Bulgare Červenkov eine scharf anti-jugoslawische Politik.

– Ebenfalls wegen außenpolitischer Differenz löst in der DDR 1971 Erich Honecker Walter Ulbricht, der die sowjetische Entspannungspolitik nicht mittragen wollte, ab.

Alle diese Führungswechsel geschahen wohl mit Billigung wenn nicht aktiver Einflußnahme der sowjetischen Führung. Die einzige Ausnahme ist

– Nicholae Ceausescu, dessen Vorgänger Gheorghiu-Dej 1965 gestorben war und der dessen rumänisch-nationalistische Politik konsequent fortsetzte.

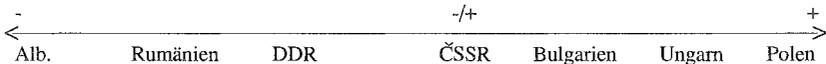
Wenn man sich fragt, ob diese Politiker willens sind, die sowjetischen Reformimpulse positiv aufzunehmen, so muß man zudem bedenken, daß sie alle – mit Ausnahme von Jaruzelski – den Zenit ihrer Laufbahn längst überschritten haben und schon aus Altersgründen in fünf Jahren wahrscheinlich keiner von ihnen mehr im Amt sein wird. Das ist keine gute Voraussetzung dafür, langfristige Reformperspektiven zu entwickeln.

Trotz dieser ähnlichen Voraussetzungen sind die konkreten Reaktionen auf den sowjetischen Reformprozeß und insbesondere auf das Januar-Plenum 1987 des ZK der KPdSU durchaus unterschiedlich ausgefallen.

#### IV. Reaktionen auf das Januar-Plenum des ZK der KPdSU

Wenn man eine Skala möglicher Reaktionen macht, die von wütender Ablehnung bis zu begeisterter Zustimmung reicht, so läßt sich für jeden Abschnitt einer solchen Skala ein konkretes Beispiel nennen. Auf der einen Seite die albanische KP, die nicht Gegenstand dieses Artikels ist, die das Plenum als neuen Tiefpunkt des »sowjetischen Revisionismus« geißelt<sup>16</sup>, auf der anderen Seite die polnische Führung, die die sowjetische Reformpolitik in geradezu überschwenglichen Worten begrüßt:

*Schaubild 1:* Reaktionen auf das Januar-Plenum 1987 des ZK der KPdSU seitens der Führungen der »Bruderparteien«



Diese Skala basiert auf den unmittelbaren Reaktionen seitens der veröffentlichten Meinung in diesen Ländern oder autoritativen Äußerungen der Parteiführer im Anschluß an das Januar-Plenum.

Zur Einordnung im einzelnen:

*Rumänien.* Die rumänische Presse enthielt sich jeden Kommentars zum KPdSU-Plenum. Das war an sich schon ein Affront. Was die Parteiführung bzw. Ceausescu davon hält, wurde allerdings in zwei Reden deutlich. Die erste Rede Ceausescus wurde am Tag der Eröffnung des

ZK-Plenums in Moskau, dem 27. Januar, in Rumänien veröffentlicht. Ceausescu erklärte (freilich ohne sich explizit auf die SU zu beziehen):

»Man kann nicht über eine Vervollkommnung des Sozialismus sprechen, indem man zurückblickt, indem man vom sog. Marktsozialismus spricht, vom freien Unternehmen und all dem ... Es kann keine Vervollkommnung des Sozialismus geben durch die sog. Entwicklung des kleinen Privateigentums. Kapitalistisches Eigentum, ob groß oder klein, ist immer noch kapitalistisches Eigentum (BBC SWB, EE/8477/B/9).«

Richtete sich diese Kritik gegen den wirtschaftlichen Teil der Reform, so zog Ceausescu in einer Rede vier Wochen später über deren politischen Gehalt her:

»Ich glaube, es ist nicht schlecht von mir, zu erwähnen, daß über diesen Zeitraum von mehr als 20 Jahren, in dem wir in allen Bereichen unsere Leitungsformen vervollkommen haben, beginnend mit der Partei, der Demokratisierung des allgemeinen Lebens, wir mehr als einmal offen oder versteckt kritisiert wurden... Jetzt haben wir ein Gefühl von Befriedigung, daß das, was wir getan haben, sich als richtig erwiesen hat und heute Probleme von Modernisierung, Reformen u.ä. in den meisten sozialistischen Ländern in der einen oder anderen Form auf der Tagesordnung sind<sup>17</sup>.«

Betrachtet man die Verhältnisse in Rumänien, so ist es geradezu absurd, von »Demokratisierung« zu sprechen (Vgl. Shafir 1985, S. 55, 64 ff.). Möglicherweise aber hat Ceausescu schon soweit den Bezug zur Realität verloren, daß er tatsächlich glaubt, die Sowjetunion würde nun seinem Beispiel folgen. Wahrscheinlicher aber ist, daß er sich über die sowjetischen Reformbemühungen lustig macht.

DDR<sup>18</sup>. Ebenso wie die rumänische Presse verzichtete auch die DDR-Presse auf jeden Kommentar zum Januar-Plenum. Als drei Tage nach diesem Plenum der sowjetische Außenminister Sevardnaze nach Ostberlin kam, um dessen Beschlüsse zu erläutern, wurde – wie bei solchen Anlässen üblich – eine »Gemeinsame Mitteilung« über diesen Besuch herausgegeben. Auch in dieser Mitteilung fehlt jede positive Würdigung des Plenums. Noch ein paar Tage später hielt Erich Honecker eine Rede vor den verunsicherten Parteifunktionären über die Aufgaben der SED. In dieser Rede erklärte er ausdrücklich, daß der sowjetische Reformprozeß nur für die Sowjetunion von unmittelbarer Bedeutung sei:

»Indem das Sowjetvolk die Beschlüsse dieses (des 27.) Parteitag (der KPdSU) und das Volk der DDR die des XI. Parteitages der SED verwirklichen, erfüllen sie (...) ihre Pflicht für die Stärkung des Weltsozialismus und die Sicherung des Friedens (ND7./8.2.87).«

Um den tieferen Sinn dieser Bemerkung zu verstehen, muß man sie mit früheren Änderungen zum gleichen Thema vergleichen. So wurde etwa der 24. Parteitag der KPdSU 1971 vom Politbüro der SED mit den Worten kommentiert, daß die dort »ausgearbeiteten Leitsätze des weiteren kommunistischen Aufbaus ... von allgemeingültiger theoretischer und politischer Bedeutung für die Beantwortung der Grundfragen der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR sind.« (»Einheit« 1971, H. 5, S. 501) Davon ist jetzt nicht mehr die Rede. Honecker machte in seiner Ansprache Anfang Februar 1987 auch deutlich, welche Ausstrahlung er sich von dem ZK-Plenum zu Fragen der Demokratisierung, das eine Woche vorher in Moskau stattgefunden hatte, für die DDR versprach: nämlich keine. Kurz und knapp erklärte er:

»Wenn es um die sozialistische Demokratie in der DDR geht, dann ist sie durch nichts zu ersetzen (ND7./8.2.87).«

Selbst in dieser Rede brachte es Honecker fertig, das Januar-Plenum, das eine Woche vorher stattgefunden hatte, mit keinem Wort zu erwähnen – zumindest was den veröffentlichten, 10 Zeitungsseiten langen Text betrifft. Diese Mißachtung der sowjetischen Demokratisierungsbemühungen wurde wenig später durch den ZK-Sekretär für Wissenschaft und Kultur, Kurt Hager, in eine schon sprichwörtlich gewordene Formel gefaßt. In einem Interview antwortete er auf die Frage nach »perestrojka (Umbau) auch in der DDR?«

Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?<sup>19</sup>

Gorbacev antwortete ihm darauf am folgenden Tage anläßlich einer Rede in Prag:

»... es stellt uns vieles in diesem Haus (des Sozialismus - WS) schon nicht mehr zufrieden und ist hinter den wachsenden Erfordernissen und Bedürfnissen zurückgeblieben. Mit einer kleinen Reparatur ist es hier nicht getan. Man muß sich schon zu einer Rekonstruktion von Grund auf entschließen. (...) Man kann sagen, daß heute ein zuverlässiger Gradmesser für die Seriosität einer regierenden Kommunistischen Partei nicht nur ihr Verhältnis zu den eigenen Erfahrungen, sondern auch zu den Erfahrungen der Freunde ist (Pr. 11.4.87/ND11./12.4.87).«

CSSR. Im Falle der Tschechoslowakei kann man nicht von »der« Reaktion »der« Führung sprechen, weil diese Führung in sich gespalten ist. Nicht erst seit Januar stehen sich Anhänger einer neuen Wirtschaftsreform und orthodoxe Stalinisten in einer erbitterten Auseinandersetzung gegenüber. Wortführer der Reformen ist Ministerpräsident Strougal, Wortführer der Stalinisten, Vasil Bilak, ZK-Sekretär für Ideologie und Außenbeziehungen. Die Chefredaktion des Parteiorgans »Rudé Pravo« steht auf Seiten der Reformen, insofern ist es nicht verwunderlich, daß dort am 29. Januar in einem Leitartikel zum sowjetischen Plenum ausgeführt wird, von ihm gehe »inspirierende Kraft« aus für die tschechoslowakischen Kommunisten. Strougal selbst hatte die Gelegenheit genutzt und in einer Rede, die am gleichen Tag, an dem das KPdSU-Plenum stattfand, veröffentlicht wurde, den Begriff der »Reform« wieder in die tschechoslowakische Diskussion eingebracht. Dieser Begriff war seit der Niederschlagung des »Prager Frühlings« verpönt. Jetzt wurde er von Strougal rehabilitiert (BBC SWB, EE/(8478/B/7). Auf der Gegenseite machte Vasil Bilak bei einer Sitzung der Ideologischen Kommission des ZK seinem Ärger Luft:

»Bei der Anwendung von Erfahrungen der Bruderparteien müssen wir prinzipiell – und nicht etwa konjunkturell oder opportunistisch – vorgehen, (d.h.) unter Berücksichtigung der Bedingungen, unter denen wir arbeiten und leben ... Nie dürfen wir auch jene Erfahrungen vergessen, die wir im Kampf gegen die Feinde des Sozialismus, insbesondere Ende der 60er Jahre, gewonnen haben<sup>20</sup>.«

Bei Bilak ist am stärksten jene Furcht der Führungen vor unkontrollierbaren Bewegungen von unten spürbar, die zuvor erwähnt wurde. Es würde zu weit führen, die Auseinandersetzung in der CSSR in den folgenden Wochen darzustellen. Eine Zwischenentscheidung wurde noch vor dem Besuch Gorbacevs in Prag im April 1987 insofern erzielt, als Parteichef Husak, der sich zuvor merklich zurückgehalten hatte, Mitte März Stellung bezog: Es sei nicht (wie Bilak) behauptet, »Opportunismus«, wenn man gerade jetzt von den sowjetischen Genossen lerne. Auch in der CSSR sei

»eine Umstrukturierung oder, wenn Sie wollen, Reform des Wirtschaftsmechanismus« (BBC SWB, EE/8521/C/2)

notwendig.

Eine Begleiterscheinung dieser Auseinandersetzung war, daß die SED sich Bilaks bediente. Das »Neue Deutschland« druckte am 23. Februar ein Interview mit Bilak ab, in dem dieser dagegen polemisierte, irgendwelche Parallelen zwischen dem Prager Frühling 1968 und dem heutigen Reformprozeß herzustellen. Daß die SED-Führung meinte, sich mit diesem diskreditierten Altstalinisten<sup>21</sup> zusammentun zu müssen, zeigt, daß sie sich doch in einer gewissen Isolation befindet.

*Bulgarien.* Sehr viel positiver war die Reaktion in Bulgarien. Die bulgarische Nachrichtenagentur BTA verbreitete am 30. Januar einen Kommentar, in dem das KPdSU-Plenum als »historischer Durchbruch« gefeiert wurde. Der Appell zu einer Demokratisierung der gesellschaftlichen Beziehungen werde sich auch »für die anderen Länder, die den Sozialismus aufbauen, zweifellos in einem machtvollen Impuls für Denken und Handeln verwandeln« (BBC SWB, EE/8481/A2/2).

Mitte Februar dann veröffentlichte die bulgarische Presse ein »Memorandum«, als dessen Autor der Generalsekretär Zivkov selbst zeichnete und in dem es um die Konsequenzen des KPdSU-Plenums für die bulgarische Partei ging. Zivkov sagte in diesem Memorandum u.a.:

»Eine der wertvollen Traditionen unserer Partei ist es, ihre eigenen Erfahrungen durch die Erfahrungen der Bruderparteien, insbesondere durch die großen Erfahrungen der KPdSU zu bereichern (...) Das ist heute im Zusammenhang mit dem Januarplenum des ZK der KPdSU besonders notwendig...

Wir sind dabei, die Bedingungen für einen schrittweisen Übergang zu einer politischen Selbstverwaltung des Volkes vorzubereiten. In Bulgarien wurde die Macht *im Namen* des Volkes aufgebaut und gehandhabt. Um Selbstverwaltung zu erreichen – zweifellos ein längerer Prozeß, der die Lösung komplexer Probleme einschließt – ist es, um mit Lenin zu sprechen, notwendig für uns überzugehen zur Macht *durch* das Volk (BBC SWB, EE/8499/B/5).«

*Ungarn.* Die ungarische Parteizeitung »Nepszabadsag« sprach am 31. Januar in einem Leitartikel ebenfalls davon, daß

»Ungarn die sozioökonomische Erneuerung unter Führung unserer Bruderpartei, der KPdSU, mit großem Interesse und großer Sympathie verfolgt. Die Gründe (dafür) sind die Gemeinsamkeit unserer Prinzipien und das Zusammenfallen unserer Ziele und Anstrengungen (BBC SWB, EE/84481/A2/5).«

Einige Tage später erläuterte dann der für die Außenbeziehungen zuständige ZK-Sekretär Mátyás Szüros in einem vielbeachteten Rundfunkinterview diese Einschätzung. Er gab eine sehr differenzierte und realistische Einschätzung der aktuellen Lage in der Sowjetunion und sparte auch heiße Eisen wie Sacharow und die Unruhen in Kasachstan nicht aus. Zur Frage des Modellcharakters der sowjetischen Veränderungen sagte er, es wäre Unsinn, das Geschehen dort zu kopieren, vorbildlich aber wäre

»schon jetzt die Denkweise, die Courage und die Konsequenz ..., mit der man dort komplex an den Reformprozeß herangeht. (...) Das, was heute in der Sowjetunion vor sich geht, bedeutet für uns Ungarn eine Bekräftigung und Unterstützung. Und es ist vielleicht nicht unbescheiden zu sagen, daß das in gewissem Sinne auch umgekehrt gilt (»Budapester Rundschau« 23.2.87).«

*Polen.* Die Position der polnischen Führung faßte Wojciech Jaruzeski am 21. Februar in einer Rede vor der Warschauer Parteiorganisation zusammen. Er sprach davon, daß sie die Entwicklung in der Sowjetunion »atemlos« verfolgen würden und daß die PVAP die Linie Gorbacevs »begeistert unterstützt«. »Ihr besonderes Verdienst ist, daß sie den Sozialismus daran hindert,

zu mumifizieren oder zu erstarren.« Zwischen der sowjetischen Reformpolitik und der Politik der PVAP gebe es keinerlei Differenzen. Mehr noch:

»Polen hat in den letzten 1 000 Jahren keine so glückliche Konstellation erlebt (wie jetzt). Das ist unsere große historische Chance (BBC SWB, EE/8500/B/12).«

So weit eine kurze Begründung für die Platzierung der einzelnen Länder auf der Skala. Die Frage nach den *Gründen der jeweiligen Reaktion* wurde bisher – außer im Falle der Tschechoslowakei, wo sich das nicht vermeiden ließ – bewußt ausgespart. Gibt es allen Ländern gemeinsame Faktoren, deren unterschiedlich starke Ausprägung die jeweils spezifischen Reaktionsweisen bedingen? Welche Faktoren könnten das sein?

Ein naheliegender Faktor wäre *Ergebnisheit bzw. Distanz der jeweiligen Führung zur KPdSU*. Betrachtet man die Position Rumäniens, so scheint das auch zuzutreffen. Trotzdem ist dieser Faktor wohl nicht von Bedeutung, denn die drei bisher engsten Bündnispartner der Sowjetunion, die DDR, die CSSR und Bulgarien, befinden sich an ganz unterschiedlichen Stellen. Zudem wird die Ambivalenz der tschechoslowakischen Position bedingt durch das negative Auftreten von Bilak, der aus gut verständlichen aber schlechten Gründen bisher zu den Treuesten der Treuen zählte. Dieser Faktor scheidet also aus.

Als Auslöser des sowjetischen Reformprozesses waren wirtschaftliche Schwierigkeiten genannt worden. Dieser Faktor soll in zwei Dimensionen betrachtet werden: *wirtschaftliches Leistungsniveau* und *eigene Bemühungen um eine Wirtschaftsreform*. Daß letzterer Faktor positiv mit einer entsprechenden Reaktion auf die sowjetischen Bemühungen korreliert, ist mehr als naheliegend, schließlich können sie jetzt von den jeweiligen Reformern als Beleg für die Richtigkeit des eigenen Tuns herangezogen werden. Wie aber steht es mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit? In Tabelle I war als Indikator dafür das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner genannt worden. Überträgt man die daraus sich ergebende Rangfolge auf das Schaubild 1, so ergibt sich folgendes Bild:

Schaubild 2: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Reaktion auf den sowjetischen Reformprozeß

Land	← - /+ /+ →						
	Alb.	Rum.	DDR	ČSSR	Bulg.	Ungarn	Polen
wirtschaftl. Leistungsfähigkeit	8	7	1	2	3	4	6
eigene Wirtschaftsreform	-	-	-	+/-	+	++	+

Das Ergebnis ist in seiner Eindeutigkeit überraschend: Je höher das wirtschaftliche Leistungsniveau ist, desto verhaltener ist die Reaktion auf den sowjetischen Reformprozeß, je niedriger es ist, desto positiver fällt sie aus. Eine Ausnahme macht in dieser Beziehung nur Rumänien. Eine Erklärung dafür ist: Je höher das Entwicklungsniveau, um so eher kann die jeweilige Führung vorgeben oder tatsächlich auch glauben, das Ihre bereits getan zu haben, und den sowjetischen Reformprozeß als längst überfälliges Nachholen interpretieren. Daß etwa die Spitze der SED die Sache so sieht, daraus macht sie kein Geheimnis<sup>22</sup>. Umgekehrt können

gerade Länder mit niedrigerem Entwicklungsniveau hoffen, von dem sowjetischen Reformprozeß Impulse für eine Dynamisierung der eigenen Entwicklung zu bekommen. Diese Erklärung ist aber unbefriedigend, da - wie zu zeigen versucht wurde - der sowjetische Reformprozeß nicht auf rein wirtschaftliche Motive und Maßnahmen beschränkt ist, sondern auf eine umfassendere »Modernisierung« des Systems zielt. Dessen steigende Komplexität macht den überkommenen Mechanismus bürokratisch-zentralistischer Steuerung zunehmend funktionsunfähig:

»... anzunehmen, daß man im Rahmen einer derartig gewaltigen Wirtschaft wie der unseren in der Zentrale alles voraussehen kann, würde bedeuten, sich Illusionen hinzugeben (ND 27.6.87).« (Gorbacev)

An die Stelle solcher Illusionen soll eine Politik treten, die versucht, den Bürger in ein handelndes Subjekt gesellschaftlicher Entwicklung (gewiß nicht das einzige) zu verwandeln, und in begrenztem Rahmen die Tätigkeit der bürokratisch zersplitterten Zentrale durch die Eigendynamik gesellschaftlicher Subsysteme zu ersetzen. Wenn diese Diagnose richtig ist, so müßte sie erst recht für die industriell entwickelteren »sozialistischen Länder« zutreffen. Gerade die aber reagieren eher zurückhaltend, wobei sich die Waagschale im Fall der CSSR inzwischen allerdings in Richtung erneuter Reformpolitik senkt<sup>23</sup>, so daß die gänzlich reformabstinente DDR zunehmend allein steht. Ein Gesichtspunkt, der in diesem Zusammenhang eine Rolle spielt, ist die Größe des Landes: Die gewaltige Größe der Sowjetunion potenziert - bei gleichem oder sogar geringerem Entwicklungsniveau - die Steuerungsprobleme. Es ist ein nicht nur quantitativer Unterschied, ob, wie in der DDR, die Zentrale 157 Großunternehmen (Kombinate) und ihre Querverbindungen zu leiten versucht oder, wie in der UdSSR, einige Tausend<sup>24</sup>. Zweitens könnte (und das würde für die modernisierungstheoretische Argumentation sprechen) gerade der Umstand, daß die politischen Elemente des sowjetischen Reformprozesses in diesen Ländern auf der Tagesordnung stehen, d.h. die Aktualität einer »Demokratisierung«, zu besonderer Vorsicht von seiten der Führungen Anlaß geben. Da es um eine Reform des bestehenden Machtsystems - nicht um seine Abschaffung - geht, wäre hier die Gefahr einer Explosion der Erwartungen besonders groß.

Deshalb (und um das Ausscheren Rumäniens zu erklären) muß noch ein weiterer Faktor, der bereits erwähnt wurde, hinzugezogen werden: Die jeweilige *politische Stabilität*. Dieser Faktor ist nicht identisch mit »Ruhe im Land«, sondern gemeint ist damit die Fähigkeit des politischen Systems politische Herausforderungen, die sich aus gesellschaftlicher Differenzierung und Eigendynamik ergeben zu integrieren. Die jeweilige Ausprägung dieses Faktors ist nur schwer operationalisier- oder gar quantifizierbar. Es muß an dieser Stelle - auch aus Platzgründen - genügen, einige summarische Argumente für die Lage in den einzelnen Ländern anzuführen:

*Rumänien:* Die Versorgungslage der Bevölkerung ist katastrophal schlecht, das Regime pflegt einen abstrusen Personenkult und hält sich vor allem dadurch an der Macht, daß eine alles durchdringende Geheimpolizei, die Securită, Angst und Apathie in der Bevölkerung erzwingt. Hinzu kommen heftige nationale Spannungen, ausgelöst durch die rücksichtslose Rumänisierung gegenüber der ungarischen Minderheit.

*DDR:* Die Ereignisse an Pfingsten 1987 haben gezeigt, daß es unter der Oberfläche, zumindest bei der Jugend eine erhebliche Unzufriedenheit gibt. Zudem ist die DDR - neben der CSSR -

das einzige Land mit einer allerdings gebrochenen bürgerlich-parlamentarischen Tradition, die durch die spezifische Nähe zur Bundesrepublik ständig in Erinnerung gehalten wird<sup>25</sup>.

CSSR: Es wurde Vasil Bilak zitiert und seine Ängste, daß der »Prager Frühling« neuerlich erblühen könnte. Diese Angst ist vielleicht nicht ganz unberechtigt. Auf der anderen Seite, in den politisch eigeninitiativ tätigen Teilen der Gesellschaft, macht sie sich bereits als Hoffnung bemerkbar<sup>26</sup>.

Bulgarien ist das einzige europäische RGW-Land, in dem es bisher noch nicht zu größeren Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung kam. Eine Ausnahme gibt es auch hier: Die Repressionen gegen die türkische Minderheit im Zuge einer »Bulgarisierungspolitik«, doch ist wenig wahrscheinlich, daß dieser Konflikt gesamtgesellschaftliche Dimension annimmt. Die Versorgungslage ist stabil und Staats- und Parteichef Zivkov scheint relativ populär zu sein.

Ungarn: In Ungarn ist – ebenso wie in – *Polen* – die tatsächliche politische Öffnung sehr viel weiter vorangeschritten als in der Sowjetunion. Gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Eigendynamik nehmen einen breiten Raum ein. Zugleich gibt es zunehmende soziale Spannungen, deshalb kann man die Situation nicht als »stabil« bezeichnen. In weit höherem Maße als in den anderen realsozialistischen Ländern aber versuchen Kräfte in der politischen Führung schon seit einiger Zeit, diese Spannungen durch eine Öffnung des politischen Systems abzufangen. Diese Politik trifft sich – aus fast entgegengesetzten Gründen – im Resultat mit den Intentionen der sowjetischen Reformer.

*Polen* schließlich ist ein ganz besonderer Fall. Faktisch gibt es dort seit langem eine unabhängige Öffentlichkeit, die sich in der Katholischen Kirche und in Hunderten von Untergrundzeitschriften und -verlagen organisiert hat. »Glasnost« wird dort schon länger als in der Sowjetunion praktiziert und Jaruzelski hat demonstriert, daß das möglich ist, ohne daß das System zusammenbricht. Auf der anderen Seite erklären alle kritischen Beobachter, daß diese Gesellschaft noch immer in zwei Teile gespalten ist. Die Wirtschaftsreform tritt auf der Stelle, auch wenn jetzt ihre »2. Etappe« verkündet worden ist. Das entscheidende Problem ist wahrscheinlich, die Demoralisierung und die Apathie in der Bevölkerung, die durch den »Militärputsch« (eines Putsches eines Teils der Partei mit Hilfe des Militärs) produziert wurde. Diese Apathie stellt – weil sie eine wirtschaftliche Erholung verhindert – eine viel akutere Gefahr dar als eine Wiederholung der Volksbewegung von 1980/81. Jaruzelski verspricht sich von Gorbacev wahrscheinlich zweierlei: Einerseits Rückenstärkung gegen die Konservativen in der eigenen Partei, andererseits daß etwas von Gorbacevs Charisma und Glaubwürdigkeit auf ihn ausstrahlen würde, so daß es ihm gelingen würde, die eigene Bevölkerung für seine Politik zu gewinnen.

Insgesamt ist bei dem Faktor politische Stabilität, wenn er eine Rolle spielt, die erprobte Fähigkeit, gesellschaftliche Emanzipationsbewegungen nicht allein mit repressiven Mitteln im Rahmen des Systems zu halten, der entscheidende Punkt. Dabei sollte man allerdings nicht vergessen, daß sowohl in Ungarn wie in Polen dieser Phase positiver Integration der Einsatz des Militärs gegen die rebellische Bevölkerung vorausgegangen ist. Das aber gilt auch für die DDR und die CSSR, nur daß dort keine Integrationspolitik anschoß.

## V. Die Reaktionen aus sowjetischer Perspektive

Fragt man sowjetische Funktionäre, wie sich aus ihrer Perspektive etwa die mehr als verhaltene Reaktion der SED-Führung auf ihre Reformbemühung ausnimmt, so bekommt man immer die gleiche Antwort: Es gehe um eine sowjetische Reform, die »Bruderparteien« aber müßten ihre jeweilige Politik selbst bestimmen und wissen, was für ihr Land gut ist. Diese Position wurde von Gorbatschow bei seinem Besuch in Rumänien im Mai 1987 in die Worte gefaßt:

»Es scheint, so und nur so können und sollen die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten aufgebaut sein: volle Selbständigkeit in der Bestimmung des eigenen politischen Kurses und kollektive Verantwortung für das Schicksal des Weltsozialismus, breiter, wechselseitig nützlicher Erfahrungsaustausch und gleichberechtigte, kameradschaftliche Zusammenarbeit« (Pr. 27.5.87).

Das würde bedeuten: In der West- und Abrüstungspolitik wird Einheitlichkeit verlangt, was von den kleineren europäischen RGW-Staaten keine sonderliche Überwindung erfordert, da – soweit sichtbar – ihre Interessen mit der neuen sowjetischen Westpolitik harmonieren. Was aber die Innen- und Wirtschaftspolitik betrifft, so würde von dem Großen Bruder in Moskau »volle Selbständigkeit« gewährt, das Spektrum möglicher Optionen würde vom rumänischen »Feudalsozialismus« bis zum ungarischen Marktsozialismus reichen. Ein jeglicher solle nach seiner Façon selig werden.

Ganz so einfach ist die Sache nicht. Zutreffend ist wohl, daß keine unmittelbare Übernahme des neuen sowjetischen Kurses gefordert wird, denn daran hätte keine der in der KPdSU erkennbaren politischen Richtungen ein Interesse:

- die Konservativen nicht, weil sie gegen jede Ausweitung der Reformpolitik sein müssen,
- die Reformer nicht, weil das Risiko einer ähnlichen Entwicklung wie nach der »Entstalinisierung« 1956 zu befürchten wäre, die die Reformpolitik im eigenen Lande gefährden könnte.

Das bedeutet jedoch nicht, daß in der Intra-Block-Politik eine Art *Laissez faire* eingeleitet wäre. Zum einen gilt weiterhin für jede denkbare (wenngleich gegenwärtig unwahrscheinliche) Reformpolitik der kleineren RGW-Länder, daß an den Grundfesten des Systems nicht gerüttelt werden darf. So hat der sowjetische Generalsekretär auf dem X. Parteitag der Polnischen Arbeiterpartei im Juni 1986 in seiner Grußansprache ausdrücklich betont, daß »die sozialistischen Errungenschaften« (so zweifelhaft sie auch sein mögen) »unumkehrbar sind« (Pr. 1.7.86). Zum anderen gibt es wohl auch hinsichtlich jener Länder, deren Führungen alles andere als eine Reformpolitik im Sinne haben, Absprachen. Ein entsprechender offizieller Beschluß ist zwar nie veröffentlicht worden, es gibt aber Indizien dafür, daß eine solche Vereinbarung in Form von »Richtlinien« existiert.

Die Entscheidung darüber könnte selbstverständlich nur von einem Gipfeltreffen der Staats- und Parteiführer getroffen werden. Das Treffen, das dafür in Frage kommt, fand am 10. und 11. November 1986 in Moskau statt. Das war kurz nach dem Gipfeltreffen in Reykjavik und zugleich in der Periode sowjetischer Innenpolitik als um die Vorbereitung des ZK-Plenums zur Kaderpolitik und zur Demokratisierung gerungen wurde, das dann schließlich nach dreimaliger Verschiebung und mit vier Monaten Verspätung im Januar 1987 stattfand. Von diesem Gipfeltreffen wurde nur ein überaus mageres Kommuniqué veröffentlicht – es umfaßte nicht mehr als sieben Sätze. Daraus ging hervor, daß nicht nur über Reykjavik, sondern auch über die

ökonomische Zusammenarbeit im RGW und »über eine vollständige Entfaltung des schöpferischen Potentials des Sozialismus« gesprochen worden war (ND 12.11.86).

Erich Honecker hat in einer Rede vor dem ZK der SED, die er eine Woche später hielt, zur Charakterisierung dieses Treffens die Formulierung gebraucht, seine Ergebnisse seien »von geradezu historischer, fundamentaler Bedeutung für die weitere Entwicklung unserer Zusammenarbeit...« (ND 22/23.11.86).

Wie er zu dieser Einschätzung kam, verriet er nicht. Spitzenfunktionäre anderer »Bruderparteien« waren nicht ganz so zurückhaltend. Der tschechoslowakische ZK-Sekretär Jan Fojtík erwähnte im Frühjahr 1987 in einer Rede, auf jenem Treffen seinen »Richtlinien für die Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern« verabschiedet worden<sup>27</sup>. Seine Erläuterungen des Inhalts dieser »Richtlinien« beschränkte sich allerdings darauf, daß »die Souveränität jedes Landes, seine Erfahrung und seine spezifischen Bedingungen respektiert würden.«

D.h., es bestünde kein Zwang, die sowjetische Reformpolitik zu übernehmen. Dieser Punkt wird es gewesen sein, der Honecker besonders begeistert hat. Das ist aber nicht alles. Todor Živkov, der bulgarische Parteichef, berichtet in einem »Memorandum« an das Politbüro seiner Partei, daß auf der Moskauer Konferenz Übereinstimmung darin geherrscht habe,

»daß die sozialistischen Länder vor einer erbarmungslosen Alternative stehen: entweder Spitzenpositionen in der wissenschaftlich-technischen Revolution und im Wirtschaftsbereich einzunehmen (...) oder stagnierend zu bleiben und mit einer wachsenden Anzahl akuter Probleme konfrontiert zu sein, die wahrscheinlich Krisensituationen hervorbringen werden.«

Dabei gehe es um »Gründe und Faktoren, die allen sozialistischen Ländern gemeinsam sind« und die »die drängende Frage eines neuen Entwicklungsstadiums (des Sozialismus) stellen« (BBC SWB, EE/8 499/B/3). Die Konsequenz aus dieser Argumentation hat Gorbacev in seiner bereits zitierten Rede in Prag gezogen. Er erinnerte an die Moskauer Konferenz, hob die positive Bedeutung »spezifischer Formen und eigenständiger Lösungen« beim »sozialistischen Aufbau« hervor und erklärte dann:

»Was den Wert dieser Erfahrungen anbelangt, so haben wir ein Kriterium: die gesellschaftspolitische Praxis, die Ergebnisse der sozialökonomischen Entwicklung, die Stärkung des Sozialismus in der Tat« (ND 11./12.4.87).

So sei die KPdSU einerseits »weit davon entfernt, irgendjemand dazu aufzurufen, uns zu kopieren« (ebd.), andererseits aber ergibt sich aus diesem »Kriterium«, daß die jeweiligen »Lösungen« am wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Erfolg zu bemessen sind, »Eigenständigkeit« nicht als Rechtfertigung für wirtschaftliches Versagen gelten kann, wie das etwa bei Rumänien der Fall ist<sup>28</sup>. Für die Länder mit einem relativ guten wirtschaftlichen Leistungsniveau ergibt sich daraus allerdings die Möglichkeit, strukturpolitisch erst einmal abzuwarten. Aber auch für sie gilt das nicht uneingeschränkt, denn selbst die DDR ist von »Spitzenpositionen« auf dem Weltmarkt noch weit entfernt und auch von ihr wird innerhalb des RGW, von seiten der Sowjetunion, mehr gefordert als früher. Nur meint die sowjetische Reformführung in diesem Fall wohl, die Sache habe keine Eile. Zudem dürfte die DDR das Land sein, in dem sie sich zu allerletzst – aus wirtschaftlichen und aus außenpolitischen Gründen – unkontrollierbare Entwicklungen »wünscht«. Wo aber, wie in der ČSSR – eine Entscheidung zwischen Ver-

teidigung des Status quo und Reform herangereift ist, dort macht sie ihren Einfluß durchaus – wenngleich verdeckt – geltend. Ein Beispiel dafür ist, daß zur Vorbereitung des Gorbacev-Besuches in diesem Land drei sowjetische Spitzenpolitiker anreisen<sup>29</sup>, von denen keiner sich mit dem für Außenbeziehungen zuständigen ZK-Sekretär, dem Führer der Konservativen, Vasil Bilak, traf, wohl aber zwei von ihnen<sup>30</sup> mit dem Reformprotagonisten Strougal. Gorbacev selbst hat sich bei seinem Besuch dann zwar in der Öffentlichkeit – zur Enttäuschung vieler Beobachter – sehr zurückgehalten, hinter verschlossenen Türen soll er allerdings etwas deutlicher geworden sein und auch die antisowjetischen Stimmung nach dem Einmarsch der Warschauer Pakt-Staaten 1968 angesprochen haben, die jetzt dank der Reformpolitik überwunden sei<sup>31</sup>.

In den Beziehungen zwischen den RGW-Staaten spielt sich – trotz *glasnost* – zu viel im Verborgenen ab, als daß über Neuansätze der Intra-Block Politik der UdSSR präzise Aussagen gemacht werden könnten. Wahrscheinlich ist, nach dem was bisher bekannt ist, daß die sowjetische Seite die Einleitung von Reformprozesse in den kleineren europäischen RGW-Staaten auch künftig nicht forcieren wird, doch ihren wirtschaftlichen Druck als Lieferant von Energie, Bezieher von Industriewaren und bei weitem größte Wirtschaftsmacht im RGW wird sie erhöhen. Und es kann wohl erwartet werden, daß dort, wo Entscheidungen über eine Reform im Innern herangereift sind, die Führung der KPdSU auch Position bezieht. Der Bevölkerung aber rät sie zur Geduld. Als Gorbacev im Mai 1987 die rumänische Hauptstadt Bukarest besuchte, nahm er auch das übliche Bad in der Menge. An eine Passantin gewandt sagte er:

»Sogar wenn Sie mir sagen, daß alles in ihrem Land gut ist, im Land und in jeder Familie, würde ich Ihnen nicht glauben. Es gibt Probleme. (...) Ich kann sehen, daß sie sich Sorgen um das Land machen; aber schauen Sie doch bloß auf die kurze Zeitspanne in der Geschichte, in der das arbeitende Volk von Rumänien auf dem Weg des Sozialismus ein generell rückständiges Land in ein in vielerlei Hinsicht modernes Land verwandelt hat. Das ist es, was die vorangegangene Generation (...) geschaffen hat und die heutige Generation muß das fortsetzen und mehr als das, etwas hinzufügen. Das ist der einzige Weg« (BBC SWB, EE/8 580/C 6).

## Anmerkungen

- 1 Zu Andropow als Reformler vgl. Medvedev 1983, S. 127 ff.
- 2 Für die Unterscheidung von »extensiver« und »intensiver« Entwicklung vgl. SIK 1967 (zuerst 1964 in der CSSR veröffentlicht), S. 46 ff. und *passim*.
- 3 Frühzeitig hat darauf der polnische Ökonom H. Szajfer in der »Prokla« aufmerksam gemacht: Nachzuholende Entwicklung unter Bedingungen des Weltmarktes: das Beispiel der polnischen Entwicklung, in: Prokla, 1977, H. 27, S. 7-24.
- 4 Vgl. DIW-Wochenbericht, 1985, H. 29, S. 330.
- 5 Eine Ausnahme bildet zumindest teilweise Ungarn, vgl. dazu den Beitrag von Mária Huber in diesem Heft.
- 6 Pravda 20.1.87, S. 2 und 21.1.87, S. 2. Eine ausführliche Darstellung dieses Artikels findet sich bei K. Segbers 1987, S. 30 ff.
- 7 Vgl. etwa seinen Beitrag auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU, in: Presse der Sowjetunion, 1986, H. 4, S. 154 ff.
- 8 Vgl. seine Rede anlässlich von Lenins Geburtstag, in: Pravda 23.4.83.

- 9 In einem Interview hat Valentin Falin, der Chef der sowjetischen Nachrichtenagentur APN, kürzlich versucht, »glasnost« zu definieren: »Was ist damit gemeint? Diesem Volk ist bis vor kurzem nicht erlaubt gewesen, bei wichtigen Entscheidungen mitzureden. Statt dessen hatte sich die Gewohnheit etabliert, alles von einem Zentrum aus zu regieren, alles zu sehen, alles zu verstehen, alles im voraus zu wissen. Das sind schlechte Dogmen gewesen... Glasnost bedeutet in meinen Augen vor allem Ehrlichkeit. Es gilt nur das zu sagen, was Wahrheit ist. Wer nicht imstande ist, die volle, die ganze Wahrheit zu sagen, der soll besser schweigen. (...) Wirkliche Diskussionen, die nicht vorher arrangiert worden sind. Kein Theater spielen und behaupten, das sei Demokratie.« Süddeutsche Zeitung 19.6.87, S. 3.
- 10 Literaturnaja gazeta 10.9.86, dt. in: Kunst und Literatur, 1987, H. 3, S. 343.
- 11 Der Text dieses am 30.10.85 verabschiedeten Gesetzes findet sich in Osteuropa, 1986, H. 6, S. A 305 f.
- 12 Vgl. Literaturnaja gazeta, 1986, H. 16, S. 13, n. Radio liberta research 224/86, S. 7.
- 13 S. dazu den Beitrag von H. Conert in diesem Heft.
- 14 »... es zeigte sich, daß auch im Sozialismus die historische Entwicklung einen Zickzackweg geht.« Volobuev, V.: Velikij Oktjabr'i istoriceskie? sud'by nasej? Rodiny, Pravda 27.3.87.
- 15 Auf dem RGW-Gipfeltreffen 1984 verpflichteten sich die Teilnehmer im Austausch für »die Durchführung und Fortsetzung der Lieferung einer Reihe von Rohstoffen und Energieträgern aus der Sowjetunion« »die von der Sowjetunion benötigten Erzeugnisse ... hoher Qualität und mit technischem Weltniveau bereitzustellen«. »Erklärung«, in: ND 16./17.6.84.
- 16 Die albanische Parteizeitung gab ihrem Artikel zum Januarplenum den Titel »Gorbacevs Reorganisationen – Zeugnis des Bankrotts des Sowjetrevisionismus«, in: BBC SWB, EE/8 490/A 2/1.
- 17 Agerpress 27.2.87, zit. n. Radio Free Europe Research, Romanian Situation Report 2, 6.3.87, S. 4.
- 18 Auf die Reaktion der SED-Führung auf den sowjetischen Reformprozeß bin ich ausführlicher eingegangen in: Süß 1986 und Süß 1988.
- 19 ND 10.4.87. Sinngemäß ähnlich aber etwas höflicher antwortete Honecker auf die Frage »Wird die DDR dem Vorbild von »Glasnost« folgen?«: »Viele der Veränderungen in der Sowjetunion sind in der DDR bereits gang und gäbe. (...) Sie müssen das so sehen: Beide Länder haben ihre eigenen Rezepte, aber die übernehmen wir nicht so mir nicht dir nichts.« ND 3.6.87 (Interview mit niederländischen Pressevertretern).
- 20 Rudé pravo 11.2.87, zit. n. Horsky 1987 (Nr. 6), S. 2; vgl. auch BBC SWB, EE/8 4909/B/5 f.
- 21 Bilak spielte bei der Vorbereitung der Okkupation der CSSR durch die Warschauer-Pakt-Staaten eine verhängnisvolle Rolle.
- 22 S.o. Anm. 18 und 19.
- 23 Am 7.7.87 kündigte ZK-Sekretär Milos Jakes vor einer Gruppe tschechoslowakischer Parlamentarier die Veröffentlichung eines umfassenden, allerdings auf die Wirtschaft beschränkten Reformpaketes an. Neue Zürcher Zeitung 9.7.87, S. 4.
- 24 Gorbacev kündigte auf dem Juniplenium an, daß statt der bisher 37 000 in den Staatsplan einbezogenen Industriebetriebe künftig »einige tausend große« Industrievereinigungen der Zentrale unterstützen sollten. ND 27.6.87.
- 25 Bei einer mehr ins Detail gehenden Analyse lassen sich auch in der DDR Ansätze zu einer vorsichtigen Öffnung des politischen Systems gegenüber der Gesellschaft finden. Ich bin darauf eingegangen in: Süß 1987.
- 26 Vgl. »Unofficial Attitudes to Gorbachev's Reformism«, Radio Free Europe Research, Czechoslovak Situation Report /6. 4.6.87, S. 11-14.
- 27 BBC SWB, EE/8 512/B/2; vgl. auch Der Tagesspiegel 10.3.87, S. 1.
- 28 So gab Gorbacev bei seinem Rumanien-Besuch auch in der Öffentlichkeit recht deutlich seine Unzufriedenheit mit den rumänisch-sowjetischen Außenwirtschaftsbeziehungen zu erkennen. Vgl. Pravda 26.5.87, S. 2 (Toast beim Empfang durch Ceausescu) und Neue Zürcher Zeitung 28./29.5.87, S. 1 f.
- 29 Außenminister Sevardnadze, ZK-Sekretär Zajkov und Verteidigungsminister Sokolov.
- 30 Sevardnadze und Zajkov.
- 31 Vgl. den Bericht in »Moscow News«, 19.4.87, S. 6.

## Abkürzungen

BBC SWB	British Broadcasting Corporation, Summary of World Broadcast
ND	Neues Deutschland
Pr.	Pravda
SWGB	Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge

## Literatur

- Aganbegjan, A. (1986): Fünfjahrplan der Wende und der Beschleunigung, in: *SWGB*, H. 6
- Gorbatschow, M. (1987): *Rede und Schlußwort auf dem Plenum des ZK der KPdSU*. Moskau am 27. und 28. Januar 1987, Berlin (DDR) 1987
- Höhmann, H.-H. (1986): *Wirtschaftsreformen in anderen sozialistischen Ländern. Modell oder Herausforderung für die Sowjetunion?*, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 27
- Horsky, V. (1987): *Prag und die reformkommunistischen Ansätze Gorbatschows*, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen, 25.2.87/Nr. 6 und 31.3.87/Nr. 10
- Kosta, J. / Levčik, F. (1985): *Wirtschaftskrise in den osteuropäischen RGW-Ländern*. Forschungsprojekt Krisen in den Systemen sowjetischen Typs, Studie Nr. 8, Köln
- Leptin, G. / Adirim, I. (1986): Die sowjetische Wirtschaftspolitik und die Aussichten einer Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung, in: *Osteuropa*, H. 12
- Machowski, H. (1987): Die Rolle der DDR in der gemeinsamen Industriepolitik der RGW-Staaten, in Hellwig, G. / Spittmann, I. (Hrsg.), »*Das Profil der DDR in der sozialistischen Staatengemeinschaft*«, Köln
- Medvedev, Zh. (1983): *Andropov*, Oxford
- Mlynár, Z. (1987): Das einsame Rennen gegen die Uhr, in: *Die Zeit* vom 13.3.87, S. 4
- Poljanski, N. / Rahr, A. (1986): Gorbatschow. Der neue Mann, München
- Schmidt-Häuer, Ch. (1986): *Michail Gorbatschow*. Mit einem Essay »Vom Soll und Haben des neuen Mannes: Etappen und Chancen einer Wirtschaftsreform« von Mária Huber, 4. Aufl., München/Zürich
- Segbers, K. (1987): Sozialkampf in der Sowjetunion?, in: *Osteuropa-Info*, H. 68
- Seton-Watson, H. (1956): *The East European Revolution*, New York, 3. Aufl.
- Shafir, M. (1985): *Romania. Politics, Economics and Society*. Political Stagnation and Simultated Change, Boulder/Colorado
- Sik, O. (1967): *Plan und Markt im Sozialismus*, Wien
- Stüb, W. (1986): Kein Vorbild für die DDR? Die sowjetischen Reformbemühungen aus der Sicht der SED, in: *Deutschland Archiv*, H. 9
- Stüb, W. (1987): *Interessen und politisches System*, in: Helwig / Spittmann (s. Machowski 1987)
- Stüb, W. (1988): Größere Eigenständigkeit im Dienste des Status quo. Die DDR und ihre Blockführungsmacht, in: Glaessner, G.-J. (Hrsg.), »*Die DDR in der Ära Honecker. Politik – Kultur – Gesellschaft* (Festschrift für Hartmut Zimmermann)«, (erscheint im Frühjahr 1988)
- Szljafjer, H. (1977): Nachzuholende Entwicklung unter den Bedingungen des Weltmarkts: das Beispiel der polnischen Entwicklung, in: *Prokla* 1977, H. 27
- UdSSR in Zahlen für 1984, Moskau 1985